

PRESSEINFORMATION

Energiehandel fordert Ende der Preisspirale an der Zapfsäule

Der Energiehandel warnt einmal mehr vor den Kostensteigerungen bei Mineralöl-Produkten, die mit Jänner bevorstehen. Zusätzlich zur Erhöhung der Raffinerieabgabe-Preise treten mit 1. Jänner 2023 nämlich weitere Kostentreiber in Kraft: Zum einen durch die neuerliche Anhebung der CO₂-Steuer, zum anderen durch die Kraftstoffverordnung. Fachgruppenobmann Jürgen Roth appelliert daher, die neuerliche Steueranhebung auszusetzen und die Einführung der Kraftstoffverordnung zu verschieben. Zudem fordert er Planungssicherheit für die Branche: „Leider haben wir noch immer keine klaren Vorgaben bekommen.“

Die Inflation ist mittlerweile zweistellig. Nun drohen die steigenden Preise für Mineralölprodukte die Teuerung weiter voranzutreiben. Neben einer Reduktion der produzierten Rohölmengen sind eingeschränkte Importe, höhere Produktionskosten und steigende Transportkosten weitere Kostentreiber, warnt Roth vor einer veritablen Preisspirale, zu denen noch zusätzliche Abgaben und Steuern kommen: „Die CO₂-Steuer wurde im Oktober eingeführt und soll mit Jänner wieder angehoben werden. Dazu kommt noch die Kraftstoffverordnung. Das bringt eine weitere Teuerung für Diesel und Benzin.“ Unterm Strich, rechnet der Branchenvertreter vor, würden sich die Preise an der Zapfsäule im Jänner um bis zu 11 Cent pro Liter verteuern. „Die Mehrkosten können weder von den Tankstellenbetreibern noch vom Handel abgedeckt werden und müssen 1:1 weitergegeben werden“, so Roth. „Umgerechnet auf eine Tankfüllung mit 60 Litern Diesel droht ab dem kommenden Jahr eine weitere Preissteigerung von mehr als sechs Euro.“

Statt die hohen Energiepreise und Energieknappheit in den Griff zu bekommen, würde immer weiter an der Preisspirale gedreht. Roth plädiert dafür, die neuerliche Anhebung der CO₂-Steuer auszusetzen und die Einführung der Kraftstoffverordnung zu verschieben. „Viele unserer Nachbarländer setzen preisdämpfende Maßnahmen und verschieben Erhöhungen, während in Österreich neue bzw. zusätzliche Steuern und Abgaben auf Energie bevorstehen. Das ist der falsche Weg. Wir verlieren so massiv an Wettbewerbsfähigkeit und brauchen dringend Lösungen auf nationaler Ebene.“

Graz, am 6. Dezember 2022

Rückfragehinweis:

Mario Lugger, Referatsleiter Kommunikation
Tel. 0316/601-652